

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität am 28.08.2025

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende Herr Adamek eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Stadtgrün und Mobilität am 28.08.2025 um 16:30 Uhr. Die ordnungsgemäße Einladung wird festgestellt. Der Ausschuss ist mit 9 anwesenden Stadträten beschlussfähig.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Stadtrat Herr Dr. Brozowski beantragt für den TOP 8.1. Rederecht für einen Gast. Der Ausschuss stimmt dem Rederecht mit acht Stimmen und einer Gegenstimme zu.

Die Tagesordnung wird mit neun Stimmen einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

3 Genehmigung der Niederschrift

3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 15.05.2025

Die Niederschrift vom 15.5.2025 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 6 Nein: 0 Enthaltung: 3

3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 5.6.2025

Die Niederschrift vom 5.6.2025 wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 6 Nein: 0 Enthaltung: 3

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der Sitzung vom 5.6.2025 wurden im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse getroffen.

5 Einwohnerfragestunde

Frage 1

Zwei Bewohnerinnen der Willy-Lohmann-Straße 12 mahnen Antworten auf Ihre Frage nach der Zukunft des Wohnblockes an. Die Bürgerinnen gaben an, die Frage auf einer BUGA-Veranstaltung gestellt zu haben, die versprochene Antwort blieb

aus. Der Ausschussvorsitzende führt aus, dass für die DWG der Aufsichtsrat zuständig ist und sagt den Bürgerinnen eine schriftliche Beantwortung zu.

Frage 2

Ein Bürger(1) fragt, wie die Stadt den Missstand in der Unterführung des Hauptbahnhofs beheben will. Der Ausschussvorsitzende führt aus, dass die Stadt direkt nicht aktiv werden kann, da die Bahnhoftsunterführung in der Zuständigkeit der Deutschen Bahn liegt.

Frage 3

Ein Bürger(1) fragt zu den in der Berichterstattung der MZ erwähnten Bauarbeiten im Schloss Georgium nach, warum diese im Bauausschuss nicht thematisiert wurden. Er äußert sein Unverständnis über Mängel an einen kürzlich fertig gestellten Objekt und äußert die Erwartung, dass keine Nachzahlungen notwendig werden. Frau Bürgermeisterin Lohde gibt an, dass der Bauausschuss regelmäßig informiert wird. Die MZ wurde auf Anfrage informiert. Derzeit laufen Restarbeiten.

Frage 4

Der Bürger(1) bezieht sich in seiner dritten Frage auf den Albrechtsplatz und stellt eine geringe Auslastung der Grünanlage fest. Er regt eine Aufwertung der Bepflanzung an.

6 Beschlussfassungen

6.1 Wärmeplanung Stadt Dessau-Roßlau - öffentliche Beteiligung Vorlage: BV/182/2025/III-KSM

Die Vorlage wurde nach Nachfragen beschlossen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den vorgelegten Entwurf der Wärmeplanung Dessau-Roßlau gemäß §13 Abs. 3 Wärmeplanungsgesetz einschließlich der Ergebnisse zur Eignungsprüfung, Bestands- und Potenzialanalyse in die öffentliche Beteiligung zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

6.2 Fortschreibung des Freiflächen-Photovoltaikkonzeptes
Vorlage: BV/174/2025/I-61

Die Vorlage wurde nach Aussprache beschlossen.

Beschluss:

1. Die zum Entwurf der Fortschreibung des Freiflächen-Photovoltaikkonzeptes vorgebrachten Stellungnahmen werden mit dem Ergebnis geprüft, sie in der Art und Weise zu berücksichtigen, wie es in den Abwägungsvorschlägen (Anlage 2) angegeben ist.
2. Die Fortschreibung des Freiflächen-Photovoltaikkonzeptes wird in der vorliegenden Fassung vom 23. Juni 2025 und als städtebauliches Entwicklungskonzept gebilligt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 7 Nein: 2 Enthaltung: 0

6.3 Errichtung einer Behelfsbrücke für die Aufrechterhaltung der Bundesstraße B 184
- 2. Novellierung Maßnahmebeschluss -
Vorlage: BV/180/2025/III-66

Nach Nachfragen wurde die Vorlage beschlossen.

Beschluss:

1. Aufgrund der aktuellen Gesamtkosten der Behelfsbrücke für die Aufrechterhaltung der Bundesstraße B 184 ist der Maßnahmebeschluss erneut zu novellieren. Die aktuellen Gesamtkosten für die Behelfsbrücke und Verkehrsanlagen betragen 8.700.000 €.
2. Zur Sicherung der Finanzierung der Behelfsbrücke wird eine überplanmäßige Ausgabe (ÜP Ausgaben) in Höhe von 1.952.000 € sowie für die

Mindereinnahmen eine Deckung in Höhe von 1.080.000 € genehmigt. Zur Gewährleistung der Terminkette der Abrechnung der Maßnahme sind die Freigaben sofort nach Beschlussfassung im Stadtrat umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8 Nein: 0 Enthaltung: 1

**6.4 1. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Dessau-Roßlau (Straßenreinigungssatzung)
Vorlage: BV/150/2025/III-66**

Die Vorlage wurde ohne Aussprache beschlossen.

Beschluss:

Die 1. Änderung der Straßenreinigungssatzung in der Stadt Dessau-Roßlau wird bestätigt und tritt ab 01.01.2026 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8 Nein: 1 Enthaltung: 0

**6.5 1. Änderung der Satzung über den Winterdienst der Stadt Dessau-Roßlau (Winterdienstsatzung)
Vorlage: BV/181/2025/III-66**

Nach Nachfragen wurde die Vorlage beschlossen.

Beschluss:

Die 1. Änderung der Winterdienstsatzung in der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen und tritt ab 01.11.2025 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8 Nein: 0 Enthaltung: 1

**6.6 Rückerstattung Billigkeitsleistungen - Ausgleich von nicht gedeckten Ausgaben im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket im Jahr 2023 - Hier: Genehmigung einer außerplanmäßigen Aufwendung
Vorlage: BV/211/2025/III-66**

Die Vorlage wurde ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

1. Zur Sicherstellung der Finanzierung der Teilrückerstattung gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt, für den durch die Stadt Dessau-Roßlau geltend gemachten Ausgleich von nicht gedeckten Ausgaben in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Einführung des Deutschlandtickets der Dessauer Verkehrsgesellschaft mbH (DVG), wird für das Haushaltsjahr 2025 eine außerplanmäßige Aufwendung in Höhe von 242.868,20 € genehmigt.
2. Die außerplanmäßige Aufwendung wird durch zweckgebundene Mehrerträge durch Dritte zu 100 % gegenfinanziert.

**6.7 Bauvorhaben Sanierung Wehr Sollnitz – Novellierung der BV/14/2024/66.0.1.01 Intern aufgrund gestiegener Gesamtausgaben auf über 300.000 €
Vorlage: BV/212/2025/III-66**

Die Vorlage wurde ohne Aussprache beschlossen.

Beschluss:

Der Novellierung der BV/14/2024/66.0.1.01 Intern (Anlage 2) mit von bisher 276.800 € auf nunmehr 315.000 € angestiegenen Gesamtausgaben wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

**6.8 Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen im Bereich der Straße Am Pharmapark, 06861 Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/229/2025/III-66**

Der Beschluss wird ohne Aussprache einstimmig gefasst.

Beschluss:

1. Der in der Anlage 2 dargestellte Abschnitt der Straße „Am Pharmapark“ wird entsprechend Bebauungsplan Nr. 168 A1 „Biopharmapark Dessau“ beginnend vom Anschluss an die Prof.-Möhlmann-Straße bis zum neuen Empfangsgebäude der IDT/TEW (Gemarkung Rodleben, Flur 5, Flurstück 283 - ehem. Schwimmbadtechnik) eingezogen.

2. Die Veröffentlichung der Einziehungserklärung wird bestätigt

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

6.9 Ausbau eines landwirtschaftlichen Weges, Zerbster Weg, in Neeken
Vorlage: BV/008/2025/OR Bram

Die Vorlage des Ortschaftsrates wurde in die Haushaltsdiskussion verwiesen.

Verweisung der Vorlage in den Haushaltsausschuss

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

6.10 Bundesgartenschau 2035 – Vorbereitung einer
Kooperationsvereinbarung mit dem BUGA CLUB Dessau-Roßlau e.V.
Vorlage: BV/200/2025/I-61

Die Vorlage wurde nach intensiver Diskussion beschlossen.

Die Ausschusssitzung tritt 17:59 in eine Pause ein.

Beschluss:

Zur Förderung der mit der Ausrichtung und Durchführung der Bundesgartenschau

2035 verbundenen Zielsetzungen wird der in der Anlage 2 beigefügte Entwurf einer Kooperationsvereinbarung mit dem BUGA CLUB Dessau-Roßlau e.V. befürwortet und zur Unterzeichnung durch den Oberbürgermeister bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Die Sitzung wird um 18:08 Uhr fortgesetzt.

7.1 INSEK Zwischenstand

Frau Steinhart führt mit einer Präsentation (28.08. 7.1. im Anhang) ein.

7.2 Übersicht Vorhaben Tränkungsverfahren

Herr Schlegel führt zu den Eignungen und Grenzen des Tränkungsverfahrens ein und stellt per Präsentation (im Anhang) den Stand 2025 und die Vorhaben 2026 dar.

In der folgenden Aussprache stellt **Herr Stadtrat U.J. Weber** die besondere Betroffenheit des Ortsteils Mosigkau heraus und fordert eine angemessene Berücksichtigung im nächsten Haushalt.

Herr Stadtrat Diederich fragt, ob die eingestellten Mittel in Höhe von 300.000 Euro für die 22 im Jahr 2026 zu bearbeiteten Straßen ausreichen. **Herr Schlegel** merkt an, dass 8-10 Straßen im Jahr aus seiner Sicht eine Kapazitätsgrenze darstellen.

7.3 Georgengarten - Klimaanpassung - Vorzeitiger Maßnahmebeginn Vorlage: IV/037/2025/III-67

Die Informationsvorlage wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

7.4 Stand Beschaffung feste/stationäre Sicherheitselemente

Frau Bürgermeisterin Lohde informiert über die Ausweitung der Testphase mit den beim Stadtfest erprobten mobilen Pollersystemen. Sie wirbt um Unterstützung für den Ansatz, durch diese Testphase mehr Erkenntnisse über die Notwendigkeit und Platzierung fester Poller zu erhalten. Die Zustimmung wird vom Ausschuss signalisiert.

7.5 Aufträge Haushaltskonsolidierung

7.5.1 Fraktionsvorschläge Sondervermögen Infrastruktur

Bürgermeisterin Frau Lohde führt in das Thema ein. Die Stadträte erhalten eine Übersicht (sh. Anlage) mit den von der Haushaltssperre betroffenen Investitionen des Dezernats III. Nicht enthalten Maßnahmen anderer Dezernate oder Eigenbetriebe. Auf Grund der Kürze der Zeit war eine Abstimmung nicht möglich. Eine Erörterung erst zum nächsten Ausschuss am 2.10. kam nicht in Frage.

Von der Haushaltssperre betroffen sind alle Investitionen ab einem Gesamtumfang von 600.000€, die nicht mindestens 65% gefördert werden und noch nicht begonnen sind. Notwendig ist eine gesondert vorzunehmende Wirtschaftlichkeitsprüfung. Die Übersicht zeigt, welche Maßnahmen des Dezernats III auf Grund der Kriterien jetzt nicht weitergeführt werden können.

Für Hort Zauberburg wurde geprüft, ob die Maßnahme ausnahmsweise (mit Antragstellung bei Dezernat II) genehmigungsfähig wäre. Dazu ist eine Wirtschaftlichkeitsprüfung erforderlich. Was heißt das?

Der Bedarf muss langfristig gegeben sein. Es muss ein Abgleich erfolgen mit Mindestanforderungen, Fördermittel müssen geprüft werden, Folgekosten müssen dargestellt werden und der bestehende Restbuchwert ist einzubeziehen. Der Hort ist langfristig nach Jugendhilfeplanung gesichert. Die Mindestvorgaben des Landes Sachsen-Anhalt betragen 2,5 Quadratmeter je Kind, der Hort hat 3,1 Quadratmeter je Kind. Die Sanierungskosten betragen 4,3 Mio. €, die Förderung beträgt 1,9 Mio. €, damit liegt die Förderquote bei 44%. Die Folgekosten liegen bei 160.000€ pro Jahr. Es liegt ein Variantenvergleich vor. Der Präsentation (s. Anlage) ist eine Gegenüberstellung zu entnehmen, die Unterschiede sind gegenüber Pappelgrund deutlich erkennbar: Pappelgrund mit geringeren Sanierungskosten, höherer Förderquote, geringeren Folgekosten. Demzufolge ist eine Freigabe der Maßnahme nicht möglich, weil die Wirtschaftlichkeit nicht nachgewiesen ist. Die Maßnahme kann zum gegenwärtigen Stand für die Dauer der Haushaltssperre nicht begonnen werden.

Der Beigeordnete für Finanzen und moderne Verwaltung Herr Ulbrich informiert, dass es aktuell noch keinen neuen Sachstand zum Sondervermögen des Bundes gibt. Das Gesetz muss noch durch den Bundesrat muss und dann durch das Kabinett in Sachsen-Anhalt. Von dort sind dann Informationen über die Verteilung in Sachsen-Anhalt zu erwarten.

7.5.2 Prüfauftrag Tierpark zum Eigenbetrieb Stadtpflege

Kultur-Amtsleiterin Frau Willing-Stritzke führt zur Beschlussvorlage der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen aus, dass die in der BV aufgeführten Vorteile vom Eigenbetrieb Stadtpflege nur in kleinem Maße gesehen werden und die entstehenden Nachteile relevant größer sind. Frau Willing-Stritzke weist darauf hin, dass im Tierparkkonzept die Empfehlung zur Gründung einer eigenständigen Gesellschaft enthalten ist. Sie informiert, die Frage der wirtschaftlich und fachlich besten Betriebsform (Regiebetrieb, Eigenbetrieb, AG, Stiftung oder GmbH) an Rödel und Partner zur Untersuchung als möglicher Beitrag zur Konsolidierung vorgeschlagen zu haben.

Frau Willing-Stritzke gibt an, diesen Ansatz im Fachausschuss weiter zu verfolgen und kündigt eine Informationsvorlage im Kulturausschuss an.

7.6 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Stadtrat Herr Diederling fragt nach der im letzten Bauausschuss gestellten Frage nach Pachtverträgen für landwirtschaftliche Nutzflächen in der Gemarkung Mosigkau-Alten-Kochstedt. Herr Fackiner gibt an, die Antwort am 27.8.2025 an die Stadtrats-Mailadresse gesandt zu haben und sichert eine bilaterale Klärung zu.

Stadtrat Herr Diederling fragt nach, wie die Stadt Dessau ihr Stimmrecht in der entsprechenden Jagdgenossenschaft wahrnimmt. **Herr Ausschussvorsitzender Adamek** führt aus, dass das Stimmrecht der Stadt hoheitlich vom Oberbürgermeister wahrgenommen wird.

Stadtrat U.J. Weber gibt an, Signale für Probleme in der Tätigkeit des Krematoriums erhalten zu haben. Er fragt nach der wirtschaftlichen Situation und der Entwicklung der Fallzahlen. Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

Stadtrat Herr Dr. Brozowski kritisiert, dass die fristgerecht eingereichte Vorlage seiner Fraktion nicht auf der Tagesordnung des heutigen Bauausschusses steht. Er fordert eine einheitliche Regelung zum Umgang mit Vorlagen. Beantragt werden Sicherungsmittel für Innungsbrauhaus im Ortsteil Roßlau. Dafür soll eine Förderung über das Städtebauförderprogramm Wachstum und nachhaltige Erneuerung in Höhe von 300000€ fristgerecht zum 30.11.25 beantragt werden. Herr Dr. Brozowski begrüßt die Aussage aus der Verwaltung, dass sich des Themas bearbeitet wird, kritisiert aber abschließend noch einmal den als unbefriedigend empfundenen Umgang mit der Vorlage. Der **Ausschussvorsitzende Herr Adamek** gibt an, dass es ein Agreement zwischen den Fraktionsvorsitzenden und dem Oberbürgermeister gibt, dass der Stadtrat entscheidet, wie mit diesen Vorlagen umzugehen ist. Wenn eine Fraktion fristgerecht eine Beschlussvorlage oder einen Antrag einbringt, dann hat die Stadtverwaltung bis dem zu dem von der Fraktion festgelegten Gremienlauf die Möglichkeit, die Stellungnahme einzubringen. Es ist nicht so, dass die Verwaltung sagen kann, das nehmen wir jetzt mal nicht mit auf.

Stadtrat U.J. Weber empfiehlt den Blick in das Gesetz. Im §53 Absatz 5 KVG ist klar geregelt, dass die Behandlung spätestens in der übernächsten Sitzung zu erfolgen hat.

Stadträtin Frau Grünthal spricht das ungelöste Problem der Fuß- und Radwege an der Elballee an. Die Fußwege beiderseits sind stark durch Baumwurzeln geschädigt und stellen eine erhebliche Gefahrenquelle dar. Die Baumscheiben der Alleeebäume sind derzeit viel zu klein, die Stämme füllen die Baumscheiben nahezu aus auf. Aufgrund des dadurch entstehenden Wasser- und Nährstoffmangels streben die Wurzeln der Bäume an die Oberfläche. Da die Bäume deswegen abgängig sind und die Fußwege weiter zerstört werden, besteht hier ein akuter Handlungsbedarf, vor allen Dingen auch zur Rettung der geschützten Allee. **Frau Grünthal** weist auf die Folgen der Situation und die Bedeutung der Elballee hin und fragt:

1. Wie weit sind die Planungen hinsichtlich einer Entsiegelung des Radweges und der Sanierung des Fußweges?
2. Können die Baumaßnahmen im Jahr 2026 umgesetzt werden?
3. Können durch eine Verkürzung der Bauabschnitte Kosten gespart werden?
4. Sieht sich die Verwaltung in der Lage, sich dieser dringenden und schon lange auf dem Tisch liegenden Elballee in 2026 anzunehmen, das heißt Umsetzung der Westseite und Planung der Ostseite?

Frau Bürgermeisterin Lohde informiert wie folgt: Die Planung der Westseite der Elballee ist in der Leistungsphase 3 und 4, also Entwurfsplanung und Genehmigungsplanung und wird demnächst abgeschlossen. Daraufhin wird dem Stadtrat ein Maßnahmenbeschluss vorgelegt und über die weitere Verfahrensweise entscheiden. Eine Umsetzung 2026 hängt von der künftigen Haushaltsplanung an ab.

Stadträtin Frau Grünthal verweist auf den Zustand zahlreicher Fußwege im Stadtbezirk Ziebigk-Siedlung mit fehlenden Befestigungen, unterschiedlich hohen Pflasterarten, zerbrochenem Pflaster, Höhenunterschiede im Fußwegrelief durch selbst eingerichteten Einfahrten, starke Schrägen zur Fahrbahn hin und hoch treibenden Baumwurzeln.

Sie fragt, ob der Zustand der Gehwege digital erfasst wird, ob es eine Konzeption für die Gehwege gibt, die eine Investitionsplanung mit Prioritätenliste und Kostenschätzung beinhaltet? **Frau Bürgermeisterin Lohde** gibt an, dass der Überblick über den Wegezustand durch laufende Begehungen hergestellt wird. Die digitale Erfassung der Ergebnisse und die Entwicklung des digitalen Zwillings ist guter Zusammenarbeit mit der IT und der DVV auf dem Weg. Zur Frage des Investitionskonzeptes führt sie aus, dass es eine Prioritätenliste gibt und diese abgearbeitet wird. Eine pragmatische Herangehensweise in direkter Reaktion auf auftretende Probleme ist aber ebenso notwendig.

Stadtrat Herr Focke kritisiert das große Feiern von Eröffnungen und führt aus, dass nicht jeder Fuß und Radweg, den man in irgendeiner Straße über Monate neu gemacht hat, mit einer großen Eröffnungsfeier und Band durchschneiden und Sekt trinken eröffnet werden sollte – das käme in der Gesellschaft nicht prickelnd an. **Frau Bürgermeisterin Lohde** informiert, dass diese Fragestellung auch in der Verwaltung diskutiert wurde. Sie positioniert sich entschieden für eine gemeinsame Eröffnung oder ein Richtfest. Das ist eine Anerkennung für die beteiligten Firmen und Mitarbeiter und ein feierlicher Moment für alle Betroffenen. **Stadtrat Herr Kaßner** wünscht sich positive Nachrichten über die Stadt und unterstützt die Position von Frau Lohde, der **Ausschussvorsitzende Herr Adamek** sieht bei Maßnahmen mit mehreren Novellierungen wenig Grund zum Feiern.

Der **Ausschussvorsitzende Herr Adamek** informiert, dass höchstwahrscheinlich im Sommer 26 die Expo 2035 vergeben wird und die Entscheidung auf Berlin fallen könnte. Das wäre dann parallel zur BUGA.

Herr Adamek fragt nach dem aktuellen Stand der Wissenschaftlichen Bibliothek vor dem Hintergrund eines Gesprächs mit einem 85jährigen mit großem Interesse an einem Besuch des Hauses. Frau Lohde gibt an, dass sie die Information zu einer Eröffnung am 30.9.2026 erhalten hat und diese Verzögerung noch nicht hinterfragen konnte, was aber zeitnah erfolgen wird.

Der **Ausschussvorsitzende Herr Adamek** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:08 Uhr und ruft eine Pause von sieben Minuten aus.

10 Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her.
Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 21:21 Uhr.

Dessau-Roßlau, 28.10.25

Eiko Adamek

Vorsitzender Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen,
Stadtgrün und Mobilität

Schriftführer